

Der SER-Ratgeber 2019/2020

Vorschriften und Hinweise zum
Sozialen Entschädigungsrecht

Sven Busse
Regierungsrat

63. Jahresausgabe

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

63. Jahressausgabe, 2019/2020

ISBN 978-3-415-06524-6

Das Werk ist bis zur 61. Jahressausgabe unter dem Titel „KB-Helfer“ erschienen

© 1992 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © ag visuell – stock.adobe.com | Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Jena | Druck und Verarbeitung: CPI books GmbH, Birkstraße 10, 25917 Leck

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Vorwort

Seit dem Erscheinen der ersten Jahresausgabe des SER-Ratgebers im letzten Herbst war das Soziale Entschädigungsrecht häufig Gegenstand öffentlich geführter Diskussionen. Diese betrafen zum einen die Ausformung des Anspruchs- und Leistungsrechts im Lichte geschehener und befürchteter Großschadensereignisse, wofür der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 sicherlich mitauslösend war. Zum anderen dominierte in einem für dieses Rechtsgebiet ungewöhnlichen Ausmaß der Diskurs über die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts mit dessen beabsichtigter Eingliederung in das Sozialgesetzbuch als ein SGB XIV. Die Tatsache der öffentlichen Wahrnehmung des Sozialen Entschädigungsrechts ist erfreulich. In den jüngsten Auseinandersetzungen mit dem Thema war aber häufig eine starke Fokussierung auf das Gewaltopferrecht zu verzeichnen, deren Kehrseite es ist, dass die Bandbreite des Sozialen Entschädigungsrechts mit seinen weit über das Opferentschädigungsrecht hinausgehenden Anspruchsgrundlagen hierbei in der Allgemeinheit leider weithin unsichtbar bleibt.

Der SER-Ratgeber will deshalb allen Interessierten auch in der Jahresausgabe 2019/2020 einen umfassenden Blick auf dieses Rechtsgebiet ermöglichen und bieten. Die Erweiterung des Inhaltes um das Sozialgerichtsgesetz soll hierbei die Praxistauglichkeit des Werks erhöhen und richtet sich an Anwender, die mit Rechtsmittelverfahren befasst sind.

Ausdrücklichen Dank möchte ich all jenen sagen, die mir zahlreich nach der Herausgabe des ersten SER-Ratgebers Lob, Anregungen und Kritik übermittelt haben. Diese Rückmeldungen habe ich sämtlich als sehr bereichernd empfunden und mich bemüht, Anregungen umzusetzen. Auch für die jetzt vorliegende Ausgabe wünsche ich mir eine vielfältige Resonanz, um das Werk aktuell und attraktiv erhalten zu können.

Bielefeld, im Juli 2019
Sven Busse

3. Ansprüche auf allgemeine Sozialleistungen

3.1 Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, ber. S. 2094), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066, 1074)

Inhaltsübersicht

§§

Kapitel 1

Fördern und Fordern

Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende	1
Grundsatz des Förderns.....	2
Leistungsgrundsätze	3
Leistungsformen.....	4
Verhältnis zu anderen Leistungen.....	5
Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	6
Zugelassene kommunale Träger	6 a
Rechtsstellung der zugelassenen kommunalen Träger	6 b
Personalübergang bei Zulassung weiterer kommunaler Träger und bei Beendigung der Trägerschaft.....	6 c
Jobcenter	6 d

Kapitel 2

Anspruchsvoraussetzungen

Leistungsberechtigte	7
Altersgrenze	7 a
Erwerbsfähigkeit.....	8
Hilfebedürftigkeit.....	9
Zumutbarkeit	10
Zu berücksichtigendes Einkommen	11
Nicht zu berücksichtigendes Einkommen.....	11 a
Absetzbeträge	11 b
Zu berücksichtigendes Vermögen.....	12
Vorrangige Leistungen.....	12 a

	§§
Verordnungsermächtigung	13

Kapitel 3 Leistungen

Abschnitt 1

Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Grundsatz des Förderns.....	14
Eingliederungsvereinbarung	15
(weggefallen).....	15 a
Leistungen zur Eingliederung	16
Kommunale Eingliederungsleistungen	16 a
Einstiegsgeld	16 b
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen.....	16 c
Arbeitsgelegenheiten	16 d
Eingliederung von Langzeitarbeitslosen	16 e
Freie Förderung	16 f
Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit.....	16 g
Förderung schwer zu erreichender junger Menschen	16 h
Teilhabe am Arbeitsmarkt.....	16 i
Einrichtungen und Dienste für Leistungen zur Eingliederung	17
Örtliche Zusammenarbeit.....	18
Zusammenarbeit mit den für die Arbeitsförderung zuständigen Stellen	18 a
Kooperationsausschuss	18 b
Bund-Länder-Ausschuss	18 c
Örtlicher Beirat.....	18 d
Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	18 e

Abschnitt 2

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Unterabschnitt 1 Leistungsanspruch

Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe.....	19
--	----

Unterabschnitt 2 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	20
Mehrbedarfe.....	21
Bedarfe für Unterkunft und Heizung	22
Satzungsermächtigung.....	22 a
Inhalt der Satzung	22 b
Datenerhebung, -auswertung und -überprüfung	22 c
Besonderheiten beim Sozialgeld	23

Unterabschnitt 3 Abweichende Leistungserbringung und weitere Leistungen

Abweichende Erbringung von Leistungen	24
---	----

	§§
Leistungen bei medizinischer Rehabilitation der Rentenversicherung und bei Anspruch auf Verletztengeld aus der Unfallversicherung	25
Zuschüsse zu Beiträgen zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung.....	26
Leistungen für Auszubildende	27
Unterabschnitt 4 Leistungen für Bildung und Teilhabe	
Bedarfe für Bildung und Teilhabe	28
Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe	29
Berechtigte Selbsthilfe	30
Unterabschnitt 5 Sanktionen	
Pflichtverletzungen.....	31
Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen	31 a
Beginn und Dauer der Minderung.....	31 b
Meldeversäumnisse	32
Unterabschnitt 6 Verpflichtungen Anderer	
Übergang von Ansprüchen	33
Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten	34
Ersatzansprüche für rechtswidrig erbrachte Leistungen.....	34 a
Erstattungsanspruch bei Doppelleistungen.....	34 b
Ersatzansprüche nach sonstigen Vorschriften.....	34 c
(weggefallen).....	35
Kapitel 4	
Gemeinsame Vorschriften für Leistungen	
Abschnitt 1	
Zuständigkeit und Verfahren	
Örtliche Zuständigkeit	36
Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus	36 a
Antragserfordernis	37
Vertretung der Bedarfsgemeinschaft	38
Sofortige Vollziehbarkeit.....	39
Anwendung von Verfahrensvorschriften	40
Erstattungsanspruch.....	40 a
Berechnung der Leistungen und Bewilligungszeitraum.....	41
Vorläufige Entscheidung.....	41 a
Fälligkeit, Auszahlung und Unpfändbarkeit der Leistungen	42
Darlehen	42 a
Aufrechnung.....	43
Verteilung von Teilzahlungen.....	43 a
Veränderung von Ansprüchen	44

§§

Abschnitt 2

Einheitliche Entscheidung

Feststellung von Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit	44 a
Gemeinsame Einrichtung.....	44 b
Trägerversammlung	44 c
Geschäftsführerin, Geschäftsführer	44 d
Verfahren bei Meinungsverschiedenheit über die Weisungs- zuständigkeit	44 e
Bewirtschaftung von Bundesmitteln.....	44 f
Zuweisung von Tätigkeiten bei der gemeinsamen Einrichtung	44 g
Personalvertretung.....	44 h
Schwerbehindertenvertretung; Jugend- und Auszubildendenvertre- tung	44 i
Gleichstellungsbeauftragte	44 j
Stellenbewirtschaftung	44 k
(weggefallen)	45

Kapitel 5

Finanzierung und Aufsicht

Finanzierung aus Bundesmitteln.....	46
Aufsicht.....	47
Aufsicht über die zugelassenen kommunalen Träger.....	48
Vergleich der Leistungsfähigkeit.....	48 a
Zielvereinbarungen	48 b
Innenrevision	49

Kapitel 6

**Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung,
datenschutzrechtliche Verantwortung**

Datenübermittlung	50
Verarbeitung und Nutzung von Daten für die Ausbildungsvermittlung	50 a
Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten durch nicht- öffentliche Stellen	51
Kundennummer.....	51 a
Datenerhebung und -verarbeitung durch die Träger der Grund- sicherung für Arbeitsuchende	51 b
(weggefallen)	51 c
Automatisierter Datenabgleich	52
Überprüfung von Daten.....	52 a

Kapitel 7

Statistik und Forschung

Statistik und Übermittlung statistischer Daten	53
Arbeitslose.....	53 a
Eingliederungsbilanz	54
Wirkungsforschung	55

§§

Kapitel 8

Mitwirkungspflichten

Anzeige- und Bescheinigungspflicht bei Arbeitsunfähigkeit	56
Auskunftspflicht von Arbeitgebern	57
Einkommensbescheinigung	58
Meldepflicht	59
Auskunftspflicht und Mitwirkungspflicht Dritter	60
Auskunftspflichten bei Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	61
Schadenersatz	62

Kapitel 9

Straf- und Bußgeldvorschriften

Bußgeldvorschriften	63
Datenschutzrechtliche Bußgeldvorschriften	63 a
Datenschutzrechtliche Strafvorschriften	63 b

Kapitel 10

Bekämpfung von Leistungsmissbrauch

Zuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	64
---	----

Kapitel 11

Übergangs- und Schlussvorschriften

Allgemeine Übergangsvorschriften	65
(weggefallen)	65 a
(weggefallen)	65 b
(weggefallen)	65 c
Übermittlung von Daten	65 d
Übergangsregelung zur Aufrechnung	65 e
Rechtsänderungen bei Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	66
(weggefallen)	67 bis
	75
Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende	76
Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	77
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	78
Achtes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Ergänzung personalrechtlicher Bestimmungen	79
Neuntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung – sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	80
Teilhabechancengesetz	81

Kapitel 1 Fördern und Fordern

§ 1 Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende

(1) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.

(2) ¹Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. ²Sie soll erwerbsfähige Leistungsberechtigte bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. ³Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist als durchgängiges Prinzip zu verfolgen. ⁴Die Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass

1. durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird,
2. die Erwerbsfähigkeit einer leistungsberechtigten Person erhalten, verbessert oder wieder hergestellt wird,
3. geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entgegengewirkt wird,
4. die familienspezifischen Lebensverhältnisse von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Kinder erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, berücksichtigt werden,
5. behindertenspezifische Nachteile überwunden werden,
6. Anreize zur Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen und aufrechterhalten werden.

(3) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst Leistungen zur

1. Beratung,
2. Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit und
3. Sicherung des Lebensunterhalts.

§ 2 Grundsatz des Forderns

(1) ¹Erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen müssen alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen. ²Eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person muss aktiv an allen Maßnahmen zu ihrer Eingliederung in Arbeit mitwirken, insbesondere

3.4

Sozialgesetzbuch (SGB)

Zwölftes Buch (XII)

– Sozialhilfe –

vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022), zuletzt geändert durch Gesetz
vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1029, 1032)

Inhaltsverzeichnis §§

Erstes Kapitel

Allgemeine Vorschriften

Aufgabe der Sozialhilfe	1
Nachrang der Sozialhilfe	2
Träger der Sozialhilfe	3
Zusammenarbeit	4
Verhältnis zur freien Wohlfahrtspflege.....	5
Fachkräfte	6
Aufgabe der Länder	7

Zweites Kapitel

Leistungen der Sozialhilfe

Erster Abschnitt

Grundsätze der Leistungen

Leistungen	8
Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles.....	9
Leistungsformen.....	10
Beratung und Unterstützung, Aktivierung.....	11
Leistungsabsprache	12
Leistungen für Einrichtungen, Vorrang anderer Leistungen	13
Vorrang von Prävention und Rehabilitation	14
Vorbeugende und nachgehende Leistungen.....	15
Familiengerechte Leistungen	16

Zweiter Abschnitt

Anspruch auf Leistungen

Anspruch	17
Einsetzen der Sozialhilfe	18
Leistungsberechtigte	19
Eheähnliche Gemeinschaft	20
Sonderregelung für Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch	21
Sonderregelungen für Auszubildende	22
Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer.....	23

	§§
Sozialhilfe für Deutsche im Ausland	24
Erstattung von Aufwendungen Anderer	25
Einschränkung, Aufrechnung	26

Drittes Kapitel Hilfe zum Lebensunterhalt

Erster Abschnitt Leistungsberechtigte, notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

Leistungsberechtigte	27
Notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze	27 a
Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen	27 b
Ermittlung der Regelbedarfe	28
Fortschreibung der Regelbedarfsstufen	28 a
Festsetzung und Fortschreibung der Regelsätze	29

Zweiter Abschnitt Zusätzliche Bedarfe

Mehrbedarf	30
Einmalige Bedarfe	31
Bedarfe für eine Kranken- und Pflegeversicherung	32
Zeitliche Zuordnung und Zahlung von Beiträgen für eine Kranken- und Pflegeversicherung	32 a
Bedarfe für die Vorsorge	33

Dritter Abschnitt Bildung und Teilhabe

Bedarfe für Bildung und Teilhabe	34
Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe	34 a
Berechtigte Selbsthilfe	34 b

Vierter Abschnitt Bedarfe für Unterkunft und Heizung

Bedarfe für Unterkunft und Heizung	35
Satzung	35 a
Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft	36

Fünfter Abschnitt Gewährung von Darlehen

Ergänzende Darlehen	37
Darlehen bei am Monatsende fälligen Einkünften	37 a
Darlehen bei vorübergehender Notlage	38

Sechster Abschnitt	
Einschränkung von Leistungsberechtigung und -umfang	
Vermutung der Bedarfsdeckung	39

	§§
Einschränkung der Leistung	39 a
Siebter Abschnitt	
Verordnungsermächtigung	
Verordnungsermächtigung	40
Viertes Kapitel	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
Erster Abschnitt	
Grundsätze	
Leistungsberechtigte	41
Vorübergehender Auslandsaufenthalt	41 a
Bedarfe	42
Bedarfe für Unterkunft und Heizung	42 a
Einsatz von Einkommen und Vermögen, Berücksichtigung von Unterhaltsansprüchen	43
Zweiter Abschnitt	
Verfahrensbestimmungen	
Gesamtbedarf, Zahlungsanspruch und Direktzahlung	43 a
Antragserfordernis, Erbringung von Geldleistungen, Bewilligungszeitraum	44
Vorläufige Entscheidung	44 a
Aufrechnung, Verrechnung	44 b
Erstattungsansprüche zwischen Trägern	44 c
Feststellung der dauerhaften vollen Erwerbsminderung	45
Zusammenarbeit mit den Trägern der Rentenversicherung	46
Dritter Abschnitt	
Erstattung und Zuständigkeit	
Erstattung durch den Bund	46 a
Zuständigkeit	46 b
Fünftes Kapitel	
Hilfen zur Gesundheit	
Vorbeugende Gesundheitshilfe	47
Hilfe bei Krankheit	48
Hilfe zur Familienplanung	49
Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft	50
Hilfe bei Sterilisation	51
Leistungserbringung, Vergütung	52
Sechstes Kapitel	
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	
Leistungsberechtigte und Aufgabe	53
Leistungen der Eingliederungshilfe	54

	§§
Sonderregelung für behinderte Menschen in Einrichtungen.....	55
(weggefallen).....	56
Persönliches Budget	57
(weggefallen).....	58
Aufgaben des Gesundheitsamtes	59
Verordnungsermächtigung	60
Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen.....	60 a

Siebttes Kapitel Hilfe zur Pflege

Leistungsberechtigte	61
Begriff der Pflegebedürftigkeit.....	61 a
Pflegegrade.....	61 b
Pflegegrade bei Kindern.....	61 c
Ermittlung des Grades der Pflegebedürftigkeit	62
Bindungswirkung	62 a
Leistungen für Pflegebedürftige.....	63
Notwendiger pflegerischer Bedarf	63 a
Leistungskonkurrenz	63 b
Vorrang.....	64
Pflegegeld	64 a
Häusliche Pflegehilfe	64 b
Verhinderungspflege	64 c
Pflegehilfsmittel.....	64 d
Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes	64 e
Andere Leistungen.....	64 f
Teilstationäre Pflege.....	64 g
Kurzzeitpflege.....	64 h
Entlastungsbetrag bei den Pflegegraden 2, 3, 4 oder 5.....	64 i
Stationäre Pflege.....	65
Entlastungsbetrag bei Pflegegrad 1.....	66
Sonderregelungen zum Einsatz von Vermögen.....	66 a

Achtes Kapitel Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Leistungsberechtigte	67
Umfang der Leistungen.....	68
Verordnungsermächtigung	69

Neuntes Kapitel Hilfe in anderen Lebenslagen

Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	70
Altenhilfe	71
Blindenhilfe	72
Hilfe in sonstigen Lebenslagen	73
Bestattungskosten	74

	§§
Zehntes Kapitel	
Einrichtungen	
Einrichtungen und Dienste	75
Inhalt der Vereinbarungen	76
Abschluss von Vereinbarungen	77
Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen	78
Rahmenverträge	79
Schiedsstelle	80
Verordnungsermächtigungen	81
Elftes Kapitel	
Einsatz des Einkommens und des Vermögens	
Erster Abschnitt	
Einkommen	
Begriff des Einkommens	82
Nach Zweck und Inhalt bestimmte Leistungen	83
Zuwendungen	84
Zweiter Abschnitt	
Einkommensgrenzen für die Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel	
Einkommensgrenze	85
Abweichender Grundbetrag	86
Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze	87
Einsatz des Einkommens unter der Einkommensgrenze	88
Einsatz des Einkommens bei mehrfachem Bedarf	89
Dritter Abschnitt	
Vermögen	
Einzusetzendes Vermögen	90
Darlehen	91
Vierter Abschnitt	
Einschränkung der Anrechnung	
Anrechnung bei behinderten Menschen	92
Einkommenseinsatz bei Leistungen für Einrichtungen	92 a
Fünfter Abschnitt	
Verpflichtungen anderer	
Übergang von Ansprüchen	93
Übergang von Ansprüchen gegen einen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen	94
Feststellung der Sozialleistungen	95
Sechster Abschnitt	
Verordnungsermächtigungen	
Verordnungsermächtigungen	96

Zwölftes Kapitel

Zuständigkeit der Träger der Sozialhilfe

Erster Abschnitt

Sachliche und örtliche Zuständigkeit

Sachliche Zuständigkeit	97
Örtliche Zuständigkeit	98
Vorbehalt abweichender Durchführung	99

Zweiter Abschnitt

Sonderbestimmungen

Zuständigkeit auf Grund der deutsch-schweizerischen Fürsorgevereinbarung	100
Behördenbestimmung und Stadtstaaten-Klausel	101

Dreizehntes Kapitel

Kosten

Erster Abschnitt

Kostenersatz

Kostenersatz durch Erben	102
Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten	103
Kostenersatz für zu Unrecht erbrachte Leistungen	104
Kostenersatz bei Doppelleistungen	105

Zweiter Abschnitt

Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe

Kostenerstattung bei Aufenthalt in einer Einrichtung	106
Kostenerstattung bei Unterbringung in einer anderen Familie	107
Kostenerstattung bei Einreise aus dem Ausland	108
Ausschluss des gewöhnlichen Aufenthalts	109
Umfang der Kostenerstattung	110
Verjährung	111
Kostenerstattung auf Landesebene	112

Dritter Abschnitt

Sonstige Regelungen

Vorrang der Erstattungsansprüche	113
Ersatzansprüche der Träger der Sozialhilfe nach sonstigen Vorschriften	114
Übergangsregelung für die Kostenerstattung bei Einreise aus dem Ausland	115

Vierzehntes Kapitel

Verfahrensbestimmungen

Beteiligung sozial erfahrener Dritter	116
Rücknahme von Verwaltungsakten	116 a

	§§
Pflicht zur Auskunft	117
Überprüfung, Verwaltungshilfe	118
Wissenschaftliche Forschung im Auftrag des Bundes	119
Verordnungsermächtigung	120

Fünfzehntes Kapitel Statistik

Erster Abschnitt

Bundesstatistik für das Dritte und Fünfte bis Neunte Kapitel

Bundesstatistik für das Dritte und Fünfte bis Neunte Kapitel	121
Erhebungsmerkmale	122
Hilfsmerkmale	123
Periodizität, Berichtszeitraum und Berichtszeitpunkte	124
Auskunftspflicht	125
Übermittlung, Veröffentlichung	126
Übermittlung an Kommunen	127
Zusatzerhebungen	128

Zweiter Abschnitt

Bundesstatistik für das Vierte Kapitel

Bundesstatistik für das Vierte Kapitel	128 a
Persönliche Merkmale	128 b
Art und Höhe der Bedarfe	128 c
Art und Höhe der angerechneten Einkommen	128 d
Hilfsmerkmale	128 e
Periodizität, Berichtszeitraum und Berichtszeitpunkte	128 f
Auskunftspflicht	128 g
Datenübermittlung, Veröffentlichung	128 h

Dritter Abschnitt

Verordnungsermächtigung

Verordnungsermächtigung	129
-------------------------------	-----

Sechzehntes Kapitel

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Übergangsregelung für ambulant Betreute	130
Übergangsregelung für die Statistik über Einnahmen und Ausgaben nach dem Vierten Kapitel	131
Übergangsregelung zur Sozialhilfegewährung für Deutsche im Ausland	132
Übergangsregelung für besondere Hilfen an Deutsche nach Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes	133
Übergangsregelung für Hilfeempfänger in Einrichtungen	133 a
Übergangsregelung zu Bedarfen für Unterkunft und Heizung	133 b
Übergangsregelung für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufe 6 ..	134

	§§
Übergangsregelung aus Anlass des Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes.....	135
Erstattung des Barbetrags durch den Bund in den Jahren 2017 bis 2019.....	136
Überleitung in Pflegegrade zum 1. Januar 2017	137
Übergangsregelung für Pflegebedürftige aus Anlass des Dritten Pflegegestärkungsgesetzes.....	138
Übergangsregelung zur Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019.....	139

Siebzehntes Kapitel

Regelungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

Teilhabe am Arbeitsleben	140
--------------------------------	-----

Achtzehntes Kapitel

Regelungen für die Gesamtplanung für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019

Gesamtplanverfahren	141
Instrumente der Bedarfsermittlung	142
Gesamtplankonferenz.....	143
Feststellung der Leistungen	143 a
Gesamtplan.....	144
Teilhabezielvereinbarung.....	145
Anlage zu § 28	
Anlage zu § 34	

Erstes Kapitel

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Aufgabe der Sozialhilfe

¹Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.

²Die Leistung soll sie so weit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; darauf haben auch die Leistungsberechtigten nach ihren Kräften hinarbeiten. ³Zur Erreichung dieser Ziele haben die Leistungsberechtigten und die Träger der Sozialhilfe im Rahmen ihrer Rechte und Pflichten zusammenzuwirken.

§ 2 Nachrang der Sozialhilfe

(1) Sozialhilfe erhält nicht, wer sich vor allem durch Einsatz seiner Arbeitskraft, seines Einkommens und seines Vermögens selbst helfen kann oder wer die erforderliche Leistung von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.

4. Ansprüche auf soziale Entschädigung

4.1 Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz – BVG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21),
zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 793)

§ 1 (Anspruch auf Versorgung)

(1) Wer durch eine militärische oder militärähnliche Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des militärischen oder militärähnlichen Dienstes oder durch die diesem Dienst eigentümlichen Verhältnisse eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung auf Antrag Versorgung.

(2) Einer Schädigung im Sinne des Absatzes 1 stehen Schädigungen gleich, die herbeigeführt worden sind durch

- a) eine unmittelbare Kriegseinwirkung,
- b) eine Kriegsgefangenschaft,
- c) eine Internierung im Ausland oder in den nicht unter deutscher Verwaltung stehenden deutschen Gebieten wegen deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit,
- d) eine mit militärischem oder militärähnlichem Dienst oder mit den allgemeinen Auflösungserscheinungen zusammenhängende Straf- oder Zwangsmaßnahme, wenn sie den Umständen nach als offensichtliches Unrecht anzusehen ist,
- e) einen Unfall, den der Beschädigte auf einem Hin- oder Rückweg erleidet, der notwendig ist, um eine Maßnahme der Heilbehandlung, eine Badekur, Versehrtenleibesübungen als Gruppenbehandlung oder Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 26 durchzuführen oder um auf Verlangen eines zuständigen Leistungsträgers oder eines Gerichts wegen der Schädigung persönlich zu erscheinen,
- f) einen Unfall, den der Beschädigte bei der Durchführung einer der unter Buchstabe e aufgeführten Maßnahmen erleidet.

(3) ¹Zur Anerkennung einer Gesundheitsstörung als Folge einer Schädigung genügt die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs. ²Wenn die zur Anerkennung einer Gesundheitsstörung als Folge einer Schädigung erforderliche Wahrscheinlichkeit nur deshalb nicht gegeben ist, weil über die Ursache des festgestellten Leidens in der medi-

zinischen Wissenschaft Ungewißheit besteht, kann mit Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Gesundheitsstörung als Folge einer Schädigung anerkannt werden; die Zustimmung kann allgemein erteilt werden.

(4) Eine vom Beschädigten absichtlich herbeigeführte Schädigung gilt nicht als Schädigung im Sinne dieses Gesetzes.

(5) ¹Ist der Beschädigte an den Folgen der Schädigung gestorben, so erhalten seine Hinterbliebenen auf Antrag Versorgung. ²Absatz 3 gilt entsprechend.

VV zu § 1

1. Der Antrag ist materiell-rechtliche Voraussetzung des Anspruchs auf Versorgung. Er ist auf alle nach Lage des Falles in Betracht kommenden Leistungen gerichtet anzusehen, es sei denn, dass er auf bestimmte Leistungen ausdrücklich beschränkt wird.
2. Ursachen sind die Bedingungen, die wegen ihrer besonderen Beziehung zum Erfolg zu dessen Eintritt wesentlich mitgewirkt haben. Haben mehrere Umstände zu einem Erfolg beigetragen, sind sie versorgungsrechtlich nur dann nebeneinanderstehende Mitursachen, wenn sie in ihrer Bedeutung und Tragweite für den Eintritt des Erfolges annähernd gleichwertig sind. Kommt einem der Umstände gegenüber dem anderen eine überragende Bedeutung zu, ist dieser Umstand allein Ursache im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes.
3. Eine Schädigung ist durch die dem militärischen oder militärähnlichen Dienst eigentümlichen Verhältnisse herbeigeführt, wenn sie den besonderen, von den Verhältnissen des zivilen Lebens abweichenden und diesem in der Regel fremden Verhältnissen des militärischen oder militärähnlichen Dienstes zuzurechnen ist.
4. Auch die infolge einer Schädigung eingetretene Verschlimmerung eines früheren Leidens begründet einen Anspruch auf Versorgung; dasselbe gilt für eine Gesundheitsstörung, die durch ein äußeres Ereignis hervorgerufen und durch die Folgen der Schädigung verursacht worden ist (mittelbare Schädigungsfolge).
5. Die Kriegsgefangenschaft endet in der Regel durch Freilassung und Heimschaffung. Geht ein Kriegsgefangener oder Internierter (§ 1 Abs. 2 Buchstaben b und c) im Gewahrsamsland ein ziviles Arbeitsverhältnis ein, endet die Kriegsgefangenschaft oder Internierung mit der Aufnahme der Beschäftigung, es sei denn, dass der Gewahrsamsstaat den Kriegsgefangenen oder Internierten zum Vertragsabschluss gezwungen hat oder besondere Umstände ihn dazu genötigt haben.
6. Eine Internierung wegen deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit (§ 1 Abs. 2 Buchstabe c) kann nicht angenommen werden, wenn sie

- a) auf erheblicher nationalsozialistischer Betätigung beruht, oder
 - b) auf einer strafbaren Handlung beruht, die nach dem im Bundesgebiet geltenden Strafgesetzen ein Verbrechen oder Vergehen ist und zur Verurteilung zu einer erheblichen Freiheitsstrafe geführt hätte.
7. Deutscher Volkszugehörigkeit ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.
 8. Für Beginn, Ende und Unterbrechung des Hin- und Rückwegs im Sinne des § 1 Abs. 2 Buchstabe e gilt Nummer 1 zu § 4 entsprechend.
 9. Wahrscheinlichkeit im Sinne des § 1 Abs. 3 liegt vor, wenn unter Berücksichtigung der herrschenden medizinisch-wissenschaftlichen Lehrmeinung mehr für als gegen den ursächlichen Zusammenhang spricht. Eine Anerkennung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 setzt eine zeitliche Verbindung zwischen krankhaften Veränderungen und einem nach § 1 als schädigendes Ereignis in Betracht kommenden Tatbestand voraus. Es müssen außerdem Schädigungsfaktoren vorhanden sein, die wegen der Ungewissheit in der medizinischen Wissenschaft nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit als Ursache der Gesundheitsstörung bewertet werden können.
 10. Die Regelung des § 1 Abs. 3 Satz 3 geht den Vorschriften des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch über die Bestandskraft des Verwaltungsaktes vor. Die Rücknahme der Anerkennung ist ohne Rücksicht auf den Zeitablauf seit der Anerkennung jederzeit möglich; sie wird durch den Tod des Beschädigten nicht ausgeschlossen.
 11. Eine Schädigung ist nur dann absichtlich herbeigeführt, wenn sie von dem Beschädigten erstrebt war; Vorsatz allein genügt nicht.
 12. Selbsttötung und die Folgen eines Selbsttötungsversuchs sind nicht als absichtlich herbeigeführte Schädigung anzusehen, wenn eine Beeinträchtigung der freien Willensbestimmung durch Tatbestände im Sinne des § 1 wahrscheinlich ist.
 13. Schäden an Leib und Leben, für die der frühere Wehrmachtffiskus nur zivilrechtlich schadensersatzpflichtig war, sind keine Schädigungsfolgen im Sinne des § 1.

Anmerkung:

VV Nr. 10 ist gegenstandslos; vgl. Artikel 1 des Gesetzes vom 11.4.2002 (BGBl. I S. 1302).

Aus Rundschreiben, Urteilen etc.**BSG, Urt. v. 15.12.1999 – B 9 VS 2/98 R – (Breithaupt 2000, 390)**

Im sozialen Entschädigungsrecht genügt auch zum Nachweis der haftungsbegründenden Kausalität die Wahrscheinlichkeit (Aufgabe von BSG SozR 3-3200 § 81 Nr. 6 = Breithaupt 1993 S. 511). ■

**BMA, Rundschreiben v. 17.11.2000 – VI a 2–62 090/62 091 – (BARbBl. 1/2001, 79)**

Auszugsweiser Inhalt:

In dem o. a. Grundsatzurteil hat das BSG ausdrücklich von seiner bisherigen Rechtsprechung (zuletzt Urteil v. 24.9.1992; SozR 3-3200 § 81 Nr. 6) hinsichtlich der Beweisanforderungen an die sog. haftungsbegründende Kausalität Abstand genommen hat. Während das BSG dafür bisher die Notwendigkeit eines Vollbeweises angenommen hatte, lässt es nunmehr ausdrücklich den Beweisgrad der Wahrscheinlichkeit genügen. Damit gilt nach den überzeugenden Ausführungen des BSG nunmehr für die haftungsbegründende Kausalität, soweit sie den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und der primären gesundheitlichen Schädigung betrifft, ebenso wie für die haftungsausfüllende Kausalität einheitlich der Beweisgrad der Wahrscheinlichkeit.

Ich halte es für notwendig, dieser Entscheidung des BSG über den Anwendungsbe-
reich des Soldatenversorgungsgesetzes hinaus für das gesamte Soziale Entschä-
digungsrecht zu folgen, da damit die in der Praxis aufgrund des bisher angenom-
men unterschiedlichen Beweisgrades auftretenden Probleme bei der Beurteilung des
gesamten Kausalverlaufs vermieden werden können. Darüber hinaus erübrigt sich
auch die bisher notwendige Festlegung in der Frage der – in Literatur und Praxis
umstrittenen – Abgrenzung zwischen haftungsbegründender und haftungsausfüllen-
der Kausalität. ■

BSG, Urt. v. 13.12.2000 – B 9 VS 1/00 R – (Breithaupt 4/2001, 379)

1. Eine Schädigung durch eine (zeitlich begrenzte) äußere Einwirkung (z.B. durch Aufprall auf einen harten Gegenstand) stellt auch dann einen Unfall i.S. des Versor-
gungsrechts dar, wenn sie im Zuge eines durch innere Ursachen bedingten Gesche-
hens (z.B. Sturz wegen Herzinfarkts) eintritt.

2. Nach § 81 Abs. 1 zweite Alt. SVG (§ 1 Abs. 1 zweite Alt. BVG) geschützt ist
der Soldat nicht nur gegen solche Unfälle, die er infolge der Ausübung, sondern
auch gegen solche, die er nur gleichzeitig mit der Ausübung des Wehrdienstes
erleidet. ■

4.1.18

Einundfünfzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (51. Anrechnungsverordnung – 51. AnrV)

vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 795)

Auf Grund des § 33 Absatz 6 in Verbindung mit § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes, von denen § 33 Absatz 6 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 35 Buchstabe b und § 41 Absatz 3 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 41 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) sowie § 51 Absatz 4 durch Artikel 1 Nummer 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, sowie unter Berücksichtigung der 25. KOV-Anpassungsverordnung 2019 vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 793) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1 (Geltungsbereich)

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2019 an bestehen.

§ 2 (Anzurechnendes Einkommen)

¹Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Absatz 1, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2, § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. ²In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Absatz 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. ³Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3 (Ermittlung der Stufenzahl)

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Absatz 3 Satz 3 und des § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4 (Ehegatten- und Kinderzuschlag)

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Absatz 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5 (Weitere Stufenzahl)

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 11,435 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 7,280 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.
2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 3,920 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

¹Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2019 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die 50. Anrechnungsverordnung vom 12. Juni 2018 (BGBl. I S. 842) außer Kraft.

Anlage (zu § 2)

Tabelle

über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente für die Zeit ab 1. Juli 2019 in Euro

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten					Stu- fen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von			Halt- waisen	Eltern- paare				Eltern- teile	
	100			90	80 oder 70	60 oder 50							Voll- waisen
bis zu Euro	bis zu Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
388	145	0	0	784	700	583	482	325	233	0	520	638	445
399	152	0	0	784	700	583	482	325	233	1	517	635	442
410	159	0	0	784	700	583	482	325	233	2	513	631	438
422	166	0	0	784	700	583	482	325	233	3	509	627	434
433	174	0	0	784	700	583	482	325	233	4	505	623	430
445	181	0	0	784	700	583	482	325	233	5	501	619	426
456	188	0	0	784	700	583	482	325	233	6	497	615	422
468	195	0	0	784	700	583	482	325	233	7	493	611	418
479	203	0	0	784	700	583	482	325	233	8	489	607	414
490	210	0	0	784	700	583	482	325	233	9	485	603	410
502	218	0	0	784	700	583	482	325	233	10	481	599	406

5.

Versorgungsmedizinische Grundsätze

Hinweis:

Die Verordnung zur Durchführung des § 1 Abs. 1 und 3, des § 30 Abs. 1 und des § 35 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes (Versorgungsmedizin-Verordnung, VersMedV) löste zum 1.1.2009 die sog. Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (AHP) ab.

5.1

Verordnung zur Durchführung des § 1 Abs. 1 und 3, des § 30 Abs. 1 und des § 35 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes (Versorgungsmedizin-Verordnung – VersMedV)

vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2412), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541)

Auf Grund des § 30 Abs. 17 des Bundesversorgungsgesetzes, der durch Artikel 1 Nr. 32 Buchstabe i des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung:

§ 1 Zweck der Verordnung

Diese Verordnung regelt die Grundsätze für die medizinische Bewertung von Schädigungsfolgen und die Feststellung des Grades der Schädigungsfolgen im Sinne des § 30 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes, für die Anerkennung einer Gesundheitsstörung nach § 1 Abs. 3 des Bundesversorgungsgesetzes, die Kriterien für die Bewertung der Hilflosigkeit und der Stufen der Pflegezulage nach § 35 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes und das Verfahren für deren Ermittlung und Fortentwicklung.

§ 2 Anlage „Versorgungsmedizinische Grundsätze“

¹Die in § 1 genannten Grundsätze und Kriterien sind in der Anlage zu dieser Verordnung als deren Bestandteil festgelegt. ²Die Anlage wird auf der Grundlage des aktuellen Stands der medizinischen Wissenschaft unter Anwendung der Grundsätze der evidenzbasierten Medizin erstellt und fortentwickelt.

§ 3 Beirat

(1) Beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ein unabhängiger „Ärztlicher Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin“ (Beirat) gebildet, der das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu allen versorgungsrztlichen Angelegenheiten berät und die Fortentwicklung der Anlage entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft und versorgungsmedizinischer Erfordernisse vorbereitet.

(2) Der Beirat hat 17 Mitglieder, und zwar

1. acht versorgungsmedizinisch besonders qualifizierte Ärztinnen oder Ärzte,
2. eine Ärztin oder einen Arzt aus dem versorgungsrztlich-gutachtlichen Bereich der Bundeswehr,
3. acht wissenschaftlich besonders qualifizierte Ärztinnen oder Ärzte versorgungsmedizinisch relevanter Fachgebiete.

(3) ¹Zu den Beratungen des Beirats können externe ärztliche Sachverständige sowie sachkundige ärztliche Vertreter von Behindertenverbänden hinzugezogen werden. ²Es können Arbeitsgruppen gebildet werden.

(4) ¹Die Mitglieder des Beirats werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Dauer von vier Jahren berufen. ²Wiederwahl ist möglich. ³Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist berechtigt, Beiratsmitglieder jederzeit ohne Angabe von Gründen abzurufen. ⁴Ein Beiratsmitglied kann jederzeit seine Abberufung beantragen. ⁵Dem Antrag ist stattzugeben. ⁶Nach Ausscheiden eines Mitglieds erfolgt eine Neuberufung für den restlichen Zeitraum der Berufsperiode. ⁷Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung und bestimmt durch Wahl aus seiner Mitte den Vorsitz und die Stellvertretung. ⁸Die Geschäftsführung des Beirats liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, welches zu den Sitzungen einlädt und im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied die Tagesordnung festlegt.

(5) ¹Die Beratungen des Beirats sind nicht öffentlich. ²Die Mitgliedschaft im Beirat ist ein persönliches Ehrenamt, das keine Vertretung zulässt. ³Die Mitglieder des Beirats unterliegen keinerlei Weisungen, üben ihre Tätigkeit unabhängig und unparteilich aus und sind nur ihrem Gewissen verantwortlich. ⁴Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet; dies gilt auch für die in Absatz 3 genannten Personen.

(6) ¹Die Verbände von Menschen mit Behinderungen und Berechtigten nach dem sozialen Entschädigungsrecht auf Bundesebene erhalten ein Mitberatungsrecht im Beirat. ²Der Deutsche Behindertenrat benennt dem

Bundesministerium für Arbeit und Soziales hierzu zwei sachverständige Personen für den Zeitraum der Berufsperiode des Beirats. ³Er berücksichtigt dabei die Anliegen von Verbänden, die die Belange von Berechtigten nach dem sozialen Entschädigungsrecht vertreten, auch soweit sie nicht Mitglieder des Deutschen Behindertenrates sind. ⁴Das Mitberatungsrecht beinhaltet auch das Recht zur Anwesenheit bei der Beschlussfassung. ⁵Absatz 5 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. ⁶Die Geschäftsordnung des Beirats gilt auch für die vom Deutschen Behindertenrat benannten Personen.

§ 4 Beschlüsse

Die Beschlüsse des Beirats werden mit einfacher Mehrheit der nach § 3 Absatz 2 berufenen Mitglieder gefasst.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.